

Leistbares Wohnen: Nationalrat diskutiert Mietpreise für Wien!

Nationalrat debattiert am 24.04.2025 über leistbares Wohnen: SPÖ schlägt europäischen Plan vor, während FPÖ und Grüne kritisieren.

Wien, Österreich - Am 24. April 2025 fand im Nationalrat eine Europastunde statt, die sich mit dem brisanten Thema des leistbaren Wohnens beschäftigte. Die SPÖ initiierte die Debatte unter dem Titel „Österreichs Beitrag für einen europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum“. In einem Land, in dem bereits 60 % des Wohnbaus sozial gefördert sind, wurde Wien als Vorreiter hervorgehoben, was die Herausforderung betrifft, angemessenen Wohnraum für alle sicherzustellen. Dies ist besonders wichtig für kinderreiche Haushalte, Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung, die laut bmwsb.bund.de häufig Schwierigkeiten haben, geeigneten Wohnraum zu finden.

Die Debatte wurde von Julia Herr (SPÖ) eröffnet, die die zunehmenden Privatisierungen kritisierte und betonte, dass Wohnungen den Menschen und nicht Spekulanten dienen sollten. Die FPÖ meldete sich ebenfalls zu Wort und kritisierte den Zustand der Wiener Sozialwohnungen, forderte eine Senkung der Mieten um ein Drittel und bezeichnete die Veranstaltung als „Wien-Propaganda-Stunde“. Die Grünen hingegen forderten eine Leerstandsabgabe für Wien, um die Wohnungsknappheit zu bekämpfen. Unterstützend lobte die ÖVP die Rolle der gemeinnützigen Bauvereinigungen im Wohnungsmarkt und wies auf deren Bedeutung für die Senkung der Wohnkosten hin.

Politische Vorschläge und Forderungen

In der Debatte äußerte sich Vizekanzler Andreas Babler zur Notwendigkeit eines Investitionsplans der Europäischen Kommission für erschwinglichen Wohnraum. Er betonte, dass leistbares Wohnen als Grundrecht verstanden werden müsse und dass mieterfreundliche Sanierungen sowie der Schutz der Mieterrechte vorrangig behandelt werden sollten. SPÖ-Europaabgeordneter Andreas Schieder führte aus, wie wichtig diese Aspekte für die Stärkung der Bürgerrechte im Wohnungseigentum sind.

Die NEOS thematisierten Deregulierungsmaßnahmen zur Senkung der Wohnkosten und forderten eine Intensivierung der Bautätigkeit. Damit soll der Wohnungsbau weiter angekurbelt und die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum verbessert werden. Laut aktuellen Plänen sind für den sozialen Wohnungsbau bis 2028 insgesamt 21,65 Milliarden Euro eingeplant, um die Förderungen fortzusetzen und zu erhöhen, insbesondere in Bezug auf als preiswert geltende Mietwohnungen.

Forschungsansätze und Entwicklungen

Die Forschungslandschaft zu leistbarem Wohnen ist in Wien und der Metropolregion von wachsender Bedeutung. Studien zu Wohnungsangebot und -nachfrage zeigen einen klaren Fokus auf die Sicherstellung der Leistbarkeit für sozial schwache Haushalte und MigrantInnen. Ein Projekt der **wohnbauforschung.at** untersucht die preisdämpfende Wirkung des gemeinnützigen Wohnbaus und dessen Einfluss auf das gewinnorientierte Wohnungssegment. Hierbei spielen auch innovative Planungsansätze und flächenökonomisches Bauen eine entscheidende Rolle, um Kosten zu reduzieren.

Das Thema leistbares Wohnen bleibt also ein zentrales Anliegen in der politischen Diskussion, mit vielfältigen Ansätzen und Perspektiven, die sowohl von der Politik als auch von der

Forschung vorangetrieben werden. Die Engagements und Forderungen müssen nun in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden, um die Wohnraumsituation nachhaltig zu verbessern.

Interessierte können die Sitzungen des Nationalrates künftig auch via Livestream verfolgen, um sich über aktuelle Entwicklungen direkt zu informieren.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.bmwsb.bund.de • www.wohnbauforschung.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at